

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Mittstadt  
Geschäftsstelle und Expedition: Büttnerstraße 2  
Kontingenz-Nummern 17259 • Postfach: 2mt  
Dresden-Telefon 18558, Emil Schlegel

Organ der KPD.  
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostschlesien)

Schriftleitung: Dresden-A., Büttnerstraße 2  
Verantwortlicher: Ernst Dresden (Telefon 17259 • Postfach 2mt)  
„Arbeiterstimme“ Dresden • Erscheinungstermin der Schriftleitung:  
Wochentage nachmittags von 2—5 Uhr (außer Sonnabenden);  
Wochentage nachmittags von 2—5 Uhr (außer Sonnabenden);  
Wochentage nachmittags von 2—5 Uhr (außer Sonnabenden);  
Wochentage nachmittags von 2—5 Uhr (außer Sonnabenden);

2. Jahrg.  
Belegpreis für den Monat frei ins Haus 2 RM.  
Einzelpreis 10 Pf. (Postgebühren 2 Pf.)  
Abbestellen: 1. 1. 1926

Dresden  
Donnerstag, 28. Januar 1926

Anzeigenpreis:  
Die normale gefaltete Tagesanzeige über dem Raum 0,30 RM.  
für 10 Zeilen (100 Buchstaben) für die erste Woche 1,25 RM.  
Anzeigenpreis: 1,25 RM.  
Anzeigenpreis: 1,25 RM.  
Anzeigenpreis: 1,25 RM.

Nr. 23

## Keine Landtagsauflösung in Sachsen

SPD-Parteivorstand und die 23 in der Front des Bürgertums. — Die Sozialdemokraten als Büttel des Lutherkabinetts

### Mobilisiert die Betriebe gegen die Renegaten

Der R. R. gegenüber den immer frecheren Vorstößen der Reaktion, dem schamlosen und brutalen Abwälzen aller Lasten der Bankrottspolitik des Bürgertums auf die Schultern der Arbeiterklasse hat das Proletariat endlich nach langer Zeit begonnen, eine einheitliche Kampffront herzustellen. Nachdem alle Hoffnungen auf das Locarno-Abkommen und den Dawesplan sich als unerfüllt und unerfüllbar erwiesen haben, rufen die Arbeiter in Sachsen Mobilisierung gegen die Bourgeoisie. In unzähligen Betrieben und Gewerkschaften erheben sich die Arbeiter gegen die Herrschaft der Reaktion, die die Arbeiter in die Front bringt. Ein wenig Entschlossenheit und Selbstvertrauen vermag es, diese Front zu stärken, der Reaktion einen Stieb zu verfechten, von der sie sich schwerlich erholen wird. Jeder eifrige Arbeiterkämpfer wird eine solche Mobilisierung der Arbeiterschaft mit Jubel begrüßen und alle Kräfte anspannen, diesen Prozeß zu fördern und weiterzuführen.

In Sachsen könnte dieser Linksmarsch der Arbeiterklasse ein entscheidendes Vorgehen gegen die Koalitionsregierung und die Volksparteier und Deutschnationalen einen entscheidenden Aufstoß erhalten, wenn durch die Auflösung des Landesparlamentes die praktische Möglichkeit zum Aufbruch gegen die Politik der Industriellen und Monarchisten gegeben würde.

In ständig neuen Entschlüsse haben die sozialdemokratischen Arbeiter diese Forderung erhoben. Die 23 Sozialdemokraten aber haben diese Forderung ignoriert und sind entschlossen, weiter zu sabotieren. Die 23 Sozialdemokraten haben die Politik der sächsischen Kapitalisten unterstützenden Sozialdemokraten nahmen Stellung gegen den linken Block, der sich bilden und vergrößern werden. Die Arbeiter der Massen der sozialdemokratischen Arbeiter. Der Parteivorstand soll nicht neue Täuschungsmanöver und dem Landtagsauflösung die Politik der 23. Die Linken aber schlagen einen Alarm, rufen nicht die Arbeiter zum härteren Kampf gegen die Unternehmernrechte, sondern schweigen. Es ist offenes Geheimnis, daß in den letzten Tagen die Vertreter des Parteivorstandes in Dresden waren, um über die Landtagsauflösung zu verhandeln. Das gesamte sächsische Proletariat erwartete das entscheidende Wort. Die SPD-Presse aber schweigt über den Ausgang der Verhandlungen. Beshalb machen die Sozialdemokraten ihren Mitgliedern keine Mitteilung über den Ausgang der Verhandlung? Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen getäuscht, der Landespartei verraten werden. Es steht fest, daß die Rechte die Auflösung des Landtages auch jetzt abgelehnt haben, daß der Parteivorstand sich diesem Beschluß der Rechte angeschlossen hat. Die Unentschlossenheit der Linken führt hat sich wieder einmal bitter gezeigt. Sie haben in einem Garn gefangen. Die Rechte haben die Herrschaft der eminenten politischen Angelegenheit der Arbeiterklasse genutzt, um die Linken festzusetzen. Aus einer politischen Frage wurde eine Frage der juristischen Auslegung eines Parteitagbeschlusses. Die Rechte haben erklärt, daß der vom Heideberger Parteitag gefasste Beschluß, daß zur Auflösung ein politischer Grund gegeben sein müsse, nicht erfüllt sei. Die Linken wollten einen solchen Grund durch einige Anträge schaffen. Die Rechte erklärten, daß man einen Grund zur Auflösung nicht künstlich schaffen dürfe. Die Vertreter des Parteivorstandes haben sich dem angeschlossen und sind fortgegangen. Der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter gilt den Rechten einen Dreck.

Bezeichnend ist, daß man diese Stellungnahme der Rechte und des Parteivorstandes erst aus der sächsischen Presse erfahren mußte. Die Linken hatten nicht den Mut, in ihrer Presse gegen diesen Beschluß zu protestieren. Sie zeigen sich wieder in ihrer ganzen Schwäche und Unentschlossenheit. Obgleich die Linken fast die gesamte Partei in Sachsen hinter sich haben, obgleich die Rechte nur eine bedeutungslose Minderheit sind, haben die Linken nicht die Absicht, einen ernstlichen Kampf aufzunehmen. Die Linken führen behandeln nach wie vor die Angelegenheit als eine Angelegenheit der Disziplin. Sie wollen nichts gegen den Beschluß unternehmen, um nicht als Disziplinbrecher zu gelten.

Der Landesparteitag der Sozialdemokraten wird nach diesem Entscheid des Parteivorstandes eine Komödie.

### Die SPD. unterstützt die Ausbeuterregierung

Berlin, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die parlamentarische Situation ist jetzt durch folgende Tatsachen gekennzeichnet. Es liegen Mißtrauensanträge der Sozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen vor, außerdem haben nunmehr auch die Regierungsparteien nach einer Erklärung des Reichskanzlers, daß er auf eine politische Vertrauensfrage nicht verzichten könne, folgendes Vertrauensvotum eingebracht:

„Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstages.“

Der Reichskanzler hat inzwischen mit der Wirtschaftspartei verhandelt, um die Stimmen auch dieser reaktionären Gruppe reiflos für sich zu gewinnen. Die Sozialdemokraten haben die endgültige Entscheidung über ihre Haltung noch immer nicht gefasst; diese Entscheidung soll erst heute getroffen werden. Es ist klar, daß bei der Abstimmung über ein Vertrauensvotum der Regierung die SPD. Farbe bekennen muß. Die Stimmhaltung bei einem so klaren Vertrauensvotum bedeutet unzweideutige Stellungnahme für die Regierung.

Die Deutschnationalen, die sehr mutig und entschlossen sind, haben für die Abstimmung offenbar besondere Vorkehrungen getroffen. Es steht zu erwarten, daß ein Teil der deutschnationalen Abgeordneten durch Abwesenheit ausfallen wird, damit die Regierung Luther auf diese Weise auf alle Fälle gesichert wird. Der „Vorwärts“ schreibt heute früh dazu folgendes: „Was die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betrifft, so wird sie voraussichtlich kein Mißtrauensvotum einbringen und auch für keines stimmen. Sie war aufgefordert, mit den Parteien der Mitte eine Regierungsgemeinschaft zu bilden. Sie hat das mit guten Gründen abgelehnt, aber sie war nicht abgeneigt, eine Weile zuzusehen, was die Parteien der Mitte aus eigenem zu vollbringen vermögen. Ob dazu noch eine Möglichkeit vorhanden ist, nachdem sich die Mittelparteien mit ihrem Vertrauensantrag vornehmlich selbsteigeln haben und nachdem Herr Luther mit seinem innerpolitischen Programm weiter hinter bestehenden Erwartungen zurückgeblieben ist, wird die Reichstagsfraktion heute zu prüfen haben.“

### Hermann Müller bietet Hilfe an

Als im November vorigen Jahres die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen den ausgeprochenen Willen der britischen Mitgliedschaft dem alten Lutherkabinetts das Weiterleben ermöglichte, geschah es unter dem Vorwand, daß die Kumpulierung sich ja in Demission befände und das Vertrauensvotum nur noch für die Reise nach London bedürfte.

Heute ist ein neues Lutherkabinetts wie der Vogel Phönix aus der Asche entstanden. Wenn es auch einige „demokratische“ Mitglieder umfaßt, so hat die Regierungserklärung und noch viel deutlicher die im Lause des Dittators am Mittwoch im Reichstag abgegebene Antwort Luthers auf die Kritik unzweideutig bewiesen, daß der Geist des alten Lutherkabinetts unversehrt weiterlebt.

Luther scheint seiner Sache sicher. Er hat in proklamierender Weise ausdrücklich gefordert, daß eine Mehrheit des Reichstages das von den Winderheits-Regierungsparteien ein-

gebrachte Vertrauensvotum annimmt. Er hat wohl den Mut dazu bekommen, als er die Rede Hermann Müllers hörte, der eine Sanftmut an Kritik und ein Hochmaß an Erwartungen für die guten Absichten der neuen Regierung ausdrückte, das nach den letzten Vorfällen mit Geßler und Brauns alles Bisherige übertraffen hat. Wenn es nach Hermann Müller gegangen wäre, so hätte Luther nur ein paar wohlklingende Phrasen gebrauchen müssen, um den Vorwürfen der sozialdemokratischen Partei zuzurufen zu stellen. Nicht einmal das hat er aber getan. Er hat es abgelehnt, was ihm vorgebrachte Schamacherprogramme zu — verweigert. Er hat jede Aussicht über die Abwehrmaßnahmen gegen die allgemeine Not verweigert. Seine reaktionären Pläne liegen, bestätigt durch die bisherigen Erfahrungen, unverwundbar fest.

Es gibt keine Aussicht für die Sozialdemokraten. Von kommunistischer Seite wurde es ausgesprochen, die Stimmung der Massen zeigt es Tag für Tag, daß die weitere Verfestigung der deutschen Arbeiterschaft durch irgendeine Fuldung Luthers verhindert werden muß. Wenn durch sozialdemokratische Schuld Luther die Abstimmung überhaup, so werden die empörten Massen heute schon unaufhaltsam in Bewegung abbrechen!

### Deutschnationale Dittaturgefühle

Die Debatte über die Regierungserklärung eröffnet im Mittwoch Hechenbach (Zentr.) mit der Wiedergabe des Standpunktes der Koalitionsparteien.

Zu überaus richtiger und sanfter Weise nimmt für die Sozialdemokratie Müller-Frankens Stellung. Seine Rede ist ein einziges Bitten an Luther, es durch das Verprechen künftiger Besserung der SPD. doch möglich zu machen, seine Regierung am Leben zu erhalten. Fast heftigst verlangt er von Luther, seine „unzulänglichen“ programmatischen Forderungen deutlicher zu gestalten. Die Sozialdemokratie sei bereit, in der Außenpolitik die Regierung Luther zu unterstützen in der Annahme, daß sie der Politik von London und Locarno treu bleiben werde. Die Entscheidung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müsse sofort erfolgen. — Zu den Fragen der Innenpolitik übergehend, kritisiert Müller-Frankens laut die Lutherische Ankündigung, daß dem Volk „die Ursache des Volksleidens“ erpart werden müsse, meint, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik Wohlwollen und Mitleid wertlos sind und daß keine Sicherheit dafür besteht, daß die Preisrentenaktion etwas nützen wird. Er stellt fest, daß in der Regierungserklärung nichts Positives über die Einführung des Achtstundentages gesagt wurde und entwickelt Bedenken über die Wege, die das Wirtschaftsministerium unter der sozialdemokratischen Führung gehen wird. Die neue Regierung könne jedoch nur bestehen, wenn sie Farbe bekenne und mit der Sprache herausrede.

Das deutschnationale Mißtrauensvotum wird von Graf Helldorf begründet, der sich bei der Kritik des Dawesplanes viel Mühe macht, die damalige deutschnationale Zustimmung zu rechtfertigen. Helldorf erklärt, man dürfe es der Mitte auf die Dauer nicht gelassen, mit wechselläufigen Wechselläufen zu regieren. Ihre Schwäche habe sich in der Stellungnahme zur geplanten Justizreform gezeigt. Man werde sehen, ob die neue Regierung den Gefahren, welche durch das Zusammengehen der Sozialdemokraten und Kommunisten entstehen, mit der nötigen Entschlossenheit entgegenzutreten wird. Im übrigen müßte der Willkürherrschaft des Reichstages ein Ende gemacht werden und ein Regierungssystem geschaffen werden, das nicht vom Reichsausschuss abhängig ist.

Die SPD-Arbeiter können dort über die Entscheidung des Parteivorstandes schimpfen, sie können auch den Beschluß zur Auflösung fassen. Bedeutung hat ein solcher Beschluß nicht mehr. Die reaktionäre Heide-Regierung bleibt bestehen, die 23 können auf die Beschlüsse der SPD-Arbeiter pfeifen. Der Kurs des Bürgertums ist gesichert. Während die Reaktionäre vor dem Aufmarsch der Arbeiter erzittern, erklärte der deutschnationale Bauer im Landtag, wenn nach den Neuwahlen die Kommunisten und Linken Sozialdemokraten stärker einziehen, wenn eine Regierung Sozialdemokraten zustande kommt, dann weiß ich nicht, wie ich mich verhalten soll, finden mehr, was aus Sachsen werden soll, finden mehr, was aus Sachsen werden soll, finden mehr, was aus Sachsen werden soll. Für sie ist es kein politischer Grund, daß in der Zeit der härtesten Krise die Regierung nichts für die Erwerbslosen, gegen die Betriebsstilllegungen unternimmt. Der Beschluß der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes ist die freieste Behauptung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, ist ein Schlag ins Gesicht der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Mit Entrüstung muß der Landesparteitag den Beschluß der Renegaten und Verräter zurückweisen. Bei der Haltung der Linken wird aber ein Beschluß des

Parteitages bedeutungslos bleiben, wenn nicht die Kräfte der Arbeiter mobilisiert werden. Nach der Haltung des Parteivorstandes der SPD. liegt die Entscheidung nicht mehr beim Landesparteitag und der Organisation der SPD., sondern in verklärtem Maße in den Betrieben. Wir haben eine solche Entwicklung vorausgesehen, wir haben die Arbeiter in den Betrieben aufgefordert, mit uns gemeinsam zu kämpfen. Die Führer der SPD., und zwar die Linken, haben diesen Kampf nicht nur nicht mitgemacht, sondern sabotiert, indem sie die Landtagsauflösung zu einer Familienangelegenheit der SPD. machten.

Wir fordern jetzt die Arbeiter der SPD. auf, mit uns gemeinsam die Betriebe für die Auflösung zu mobilisieren. Der Landesparteitag der SPD. hat jetzt zu beschließen. Führt er nur den Beschluß eines negativen Praktisches, dann ist der Parteitag bedeutungslos. Nur wenn der Landesparteitag den Beschluß fasst, das Kampffeld in die Betriebe zu verlegen, vermögen die sozialdemokratischen Arbeiter sich bei den Renegaten und dem Bürgertum Achtung zu verschaffen. Nur so wird der Parteitag einen Wert für die Arbeiter haben.